Stuttgart, 20.11.2026
Kontakt:
Karoline Gollmer
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Medien
Fon 0711 16447-42
gollmer@ljrbw.de

Sperrfrist beachten! 20.11.2016, 16:00 Uhr

Es braucht wieder Zukunftsversprechen für junge Menschen

Landesjugendring Baden-Württemberg über das Gespräch „NextGen trifft Politik“ mit Landtagspräsident Strobl

Stuttgart. Auf Einladung von Landtagspräsident Strobl hin trafen sich am Freitag Vertreterinnen und Vertreter des Landtags, der Landesregierung, des Landesjugendrings und weiterer Jugendgremien. Vor dem Hintergrund der sogenannten Gen Z-Proteste sprachen sie darüber, was Politik im Sinne der jungen Generationen regeln muss und wie eine „jugendgerechte Politik“ aussehen kann.

„Auf der Straße geht es aktuell um Themen, für die die Politik heute keine Zukunftsversprechen mehr hat: Klimakrise statt lebenswerter Natur, Ohnmacht statt Mitsprache, Hotel Mama statt eigener Wohnung, kaputte Schulklos und überfüllte Lehrpläne statt guter Bildung“, fasst Martina Krattenmacher, Vorstandssprecherin des Landesjugendrings, zusammen. „Die Themen der Gen Z bringen wir der Landespolitik seit Jahren nahe. Zum Beispiel fordert der Landesjugendring, schon seit die Diskussion 2022 wieder aufgeflammt ist, die Freiwilligendienste zu stärken, statt ein neues Zwangsjahr einzuführen“, so Krattenmacher weiter.

Mit der Kampagne „Vision Junges BW“ habe der Landesjugendring die Forderungen junger Menschen längst in die politischen Gespräche eingebracht. Was weiterhin fehle, ist eine klare Zukunftsvision der Politik für die junge Generation.

„Die wichtigsten Punkte sind aus unserer Sicht: ein nachhaltiges, wirkmächtiges Mitspracherecht, das durch ein Jugendbeteiligungsgesetz auf Landesebene verankert ist – analog zu § 41a auf kommunaler Ebene. Es braucht eine Stärkung der Freiwilligendienste, bevor weiter über Zwangsdienste für junge Menschen gesprochen wird. In dem Zuge muss auch das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit weiterentwickelt werden – denn wenn Politik Jugendliche auffordern will, sich mehr für die Gemeinschaft zu engagieren, muss zuallererst der Rahmen stimmen. Da sprechen wir auch vom Freistellungsgesetz, und von erleichterter Mobilität, mindestens also von der Wiedereinführung des 365 Euro-Tickets für junge Menschen in Baden-Württemberg. Es braucht eine Initiative, um Ehrenamtliche beim Umgang

mit psychisch belasteten jungen Menschen zu stärken und ein dichtes Netzwerk von Anlaufstellen für Betroffene und deren Familien. Und wir brauchen Investitionen in außerschulische Bildungsorte – denn bekanntlich rentiert sich jeder Euro, der in Bildung gesteckt wird, doppelt und dreifach“, so Krattenmacher.

Der Landesjugendring ist die Arbeitsgemeinschaft von 32 Jugendverbänden auf Landesebene und von den Orts-, Stadt- und Kreisjugendringen. Er vertritt darüber hinaus die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg.

„Vision Junges BW" (auch #VisionJungesBW) ist ein jugendpolitisches Positionspapier und eine Kampagne des Landesjugendrings Baden-Württemberg für die Landtagswahl im März 2026 und die Legislaturperiode 2026–2031. Beschlossen wurde es im Mai 2025 auf der Vollversammlung des Landesjugendrings.
Zur „Vision Junges BW“: ljrbw.de/vision-junges-bw.

Kontakt für Interviewanfragen
Martina Krattenmacher
Vorstandssprecherin
Mobil: 0178 1692554
krattenmacher@ljrbw.de

Verantwortlich: Martina Krattenmacher (Vorstandsprecherin)